

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch dieboten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. In alle Postanstalten, in alle Buchhandlungen, in alle Verlagsanstalten und in alle Zeitungsvertriebsstellen ist das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu beziehen. In allen Buchhandlungen, in allen Verlagsanstalten und in allen Zeitungsvertriebsstellen ist das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu beziehen. In allen Buchhandlungen, in allen Verlagsanstalten und in allen Zeitungsvertriebsstellen ist das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu beziehen.

Bezugspreis: Die Spaltenbreite 20 Goldpfennig, die Spaltenhöhe 10 Goldpfennig. Die Spaltenbreite 20 Goldpfennig, die Spaltenhöhe 10 Goldpfennig. Die Spaltenbreite 20 Goldpfennig, die Spaltenhöhe 10 Goldpfennig.

Nr. 191 — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend, 16. August 1924

„Das Elsass brennt.“

Von besonders sachkundiger und unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Im Augenblick treten die Verhältnisse in Elsass-Lothringen auch in Frankreich wieder in den Vordergrund der Beachtung, denn die Regierung Herriot will in London von den Deutschen besonders günstige Ausfuhr- und Austauschbedingungen für das frühere Reichsland erreichen. Nicht sehr gelegen kommt dabei den maßgebenden französischen Männern die zweifellos bestehende Protestbewegung in Elsass-Lothringen. Wenn auch die französische große Presse und die Nachrichtenagenturen sich bemüht haben, die Vorfälle mit eiserner Disziplin totzuschweigen, und wenn auch die Franzosen heute noch gegenüber Deutschland eine fast undurchdringliche Sperre nach dem ehemaligen Reichslande aufrechtzuerhalten verstehen, so liegen doch so viele neutrale Berichte und Schilderungen der elsässischen Blätter vor, daß man die Vorgänge in allen Einzelheiten übersehen und bewerten kann. Es beleuchtet die Verhältnisse wie ein Blitz, wenn ein französischfreundliches Schweizer Blatt die ihm zugegangenen Berichte unter dem Urteil zusammenfaßt: Wir dürfen uns nicht darüber täuschen: das Elsass brennt!

Die Franzosen hätten bisher Elsass-Lothringen ein Sonderregiment belassen, die im wesentlichen derjenigen entsprach, welche es im Deutschen Reich eingenommen hatte. Es stand unter einem besonderen Generalkommissar, hatte eine Art eigenes Parlament, dessen Rechte allerdings viel geringer waren als die des Landtages in deutscher Zeit, das aber innerhalb des französischen unbedingten Zentralsystems doch ein großes Zugeständnis darstellte; man beließ ihm die überlegene deutsche Kommunalordnung und man hatte vor allem von der Durchführung der Trennung von Kirche und Staat und der Durchführung der französischen Laizität Abstand genommen. Die Verwirklichung suchte man mit anderen, wie man wohl glaubte, wirksameren Mitteln zu beschleunigen. Als Herr Herriot Ministerpräsident wurde, kam der kritische Augenblick. Im Programm dieser Mehrheit sieht die restlose Vereinheitlichung Frankreichs, d. h. die völlige Eingliederung von Elsass-Lothringen, das hinfür nur noch drei Departements, genau wie alle übrigen, darstellen soll. Also die Abberufung des Generalkommissars — er war nicht ab, sondern ging selbst — und die Einführung der französischen Einheitsschule. Da brach der Sturm los!

Gewaltige Massen von Manifestanten aus dem ganzen Lande strömen an den Sonntagen nach den großen Städten und veranstalten dort Protestmärsche. Der Zug, der sich in Straßburg unmittelbar nach dem französischen Nationalfest zusammensandte, wird auf 50 000 Teilnehmer geschätzt. In Straßburg und in Weiskam es zu gewalttätigen Zusammenstößen, Verhaftungen usw., wobei bemerkenswert ist, daß die französische Regierung, nach den Bestellungen elsässischer Blätter, Polizeiverstärkungen aus Innerfrankreich und Paris herangezogen hatte, weil ihr die einheimische Polizei nicht zuverlässig genug erschien. Als ein Polizeioffizier am Alerplatz in Straßburg blanzieren wollte, wurde er von den elsässischen Bauern mit Totschlag bedroht. Bemerkenswert ist der Verlauf dieser Kundgebungen. Man vermied es, von der bedrohten deutschen Mutter- sprache zu reden, aber man beschwor sich, „die heiligen Überlieferungen der Väter“ bis aufs äußerste zu verteidigen. „Als aufs äußerste!“ war die immer wiederkehrende Aufschrift auf den Tafeln, welche den einzelnen Gruppen der Manifestanten vorangeleit wurden. Eine andere Aufschrift lautete: Hoch unsere Freiheit! Wir fordern unser Recht! Auch in der heimischen Mundart konnte man eine Inschrift lesen, das berühmte Wort: So fin m'r halt! (So sind wir halt!) Den Horn der französischen Polizei aber hatten nicht diese Ikonen wahrscheinlich unverständlichen Inschriften erregt, sondern eine, die in französischer Sprache abgefaßt war. Man schrieb nicht etwa: Nieder mit Frankreich!, sondern man schrieb, und das ist für die elsässischen Verhältnisse so bezeichnend: Nieder mit Innerfrankreich! und gerade diese Inschrift machte man französisch. Denn man meinte damit selbstverständlich nur den aufreizenden Gegensatz, den Frankreich geschaffen hat, indem es den aus Innerfrankreich stammenden Beamten und Lehrern, welche die deutsche Landessprache meist nicht einmal verstehen, besondere Kolonialzulagen bezahlt. Genau so diplomatisch war man bei den Reden, die hauptsächlich von katholischen und evangelischen Landgeistlichen gehalten wurden. Kein Wort mehr davon, daß man zu dem „Mutterlande“ Frankreich zurückkehren sei. Sondern man erinnerte nur daran, daß man 1918, als alle Welt Frieden erhofft habe, mit dem Lande vereinigt worden sei, welches „unseren Vätern teuer gewesen ist.“ Gleichzeitig aber erzählte man beredete Worte von dem Freiheitskampfe der — Iren, und wenn dann auch die Presse noch nicht geradezu geschrieben hat, daß Elsass sei ein zweites Irland, so genügt die Feststellung einiger führenden Blätter vollkommen: „Es gibt wieder eine elsäss- lothringische Frage!“

Man darf diese Dinge nicht überschätzen, wir wollen sie aber auch nicht unterschätzen. Vermutlich werden es

Auf des Messers Schneide. Englisch-amerikanisches Diktat?

Ministerrat unter Vorsitz des Reichspräsidenten.

Berlin, 14. August.

Die hartnäckige Haltung, welche die Franzosen in den letzten Tagen zur Frage der Ruhräumung einnahmen, stellen das bisherige Werk der Londoner Konferenz vor die Gefahr des gänzlichen Scheiterns. Der französische Ministerpräsident Herriot, anscheinend durch Rücksichten auf die innerfranzösische politische Lage veranlaßt, verbeißt sich darauf, nicht einen Zentimeter von seiner Forderung abzugeben, die Ruhr mindestens noch ein Jahr, und zwar von einem noch zu bestimmenden Termin ab, besetzt zu halten. Die deutsche Delegation bleibt aber ebenso entschlossen dabei, nur dann irgendeine Verpflichtung einzugehen, wenn der Räumungstermin wesentlich früher angesetzt wird. Da sich in den direkten Verhandlungen zwischen Deutschen, Franzosen und Belgiern gestern in London keinerlei Aussicht zu einer Einigung über den strittigen Punkt zeigte, fand Reichskanzler Dr. Marx es angemessen, den Reichspräsidenten telegraphisch von der Lage der Dinge zu unterrichten.

Heute früh um 7 1/2 Uhr fand bereits in Berlin ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten statt. Zur Erörterung stand die durch die Verhandlungen zwischen der deutschen, der französischen und der belgischen Delegation in London über die Frage der militärischen Räumung der vertragswidrig besetzten Gebiete entstandene Lage. Der Ministerrat erklärte sich mit der Stellungnahme der deutschen Delegation in vollem Umfange einverstanden.

Der Ministerrat war einstimmig der Auffassung, daß die von französischer Seite in Vorschlag gebrachte einjährige Räumungsfrist für Deutschland nicht annehmbar ist. Die deutsche Regierung muß an ihrer Forderung, daß die Ruhr als bald geräumt werde, festhalten. Eine umgehende Festsetzung des Endtermins muß erfolgen. Desgleichen müssen die Besatzungsmethoden auch für die Übergangszeit grundlegend geändert werden.

Besprechung mit den Parteiführern.

Die für heute Morgen angelegten Weiterbesprechungen der Deutschen in London mit den Franzosen und Belgiern begannen zwar, schienen aber zur Aussichtslosigkeit verurteilt zu sein.

Aus der deutschen Delegation verlautete, daß für den Fall der weiteren Verschärfung zwischen Deutschen und Franzosen und Belgiern eine Reise des Reichskanzlers und des Außenministers nach Berlin zu Konferenzen mit den deutschen Parteiführern in Aussicht genommen sei. Weniger glaubhaft klingt die weitere Meldung, unter Umständen läme auch eine Berufung der Parteiführer nach London zu Verhandlungen mit der gesamten deutschen Delegation in Frage. Herriot soll gestern dem britischen Ministerpräsidenten Macdonald erklärt haben, er würde, wenn die deutsche Delegation bei ihrem „Nein“ bliebe, seine Koffer packen und nach Paris zurückreisen.

So stehen zurzeit die Dinge wirklich auf des Messers Schneide und die Möglichkeit, daß alle bisher aufgewandte Mühe sich als vergeblich erweist, scheint nahe.

Die handelspolitischen Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Delegation sind ins Stocken geraten. Da der französische Ministerpräsident erklärt hat, daß er die Räumungsfrage als eine durchaus für sich allein stehende betrachte, glaubt die deutsche Delegation keine Veranlassung zu haben, dem französischen Drängen nachzugehen und handelspolitische Besprechungen abzuhalten.

Macdonald vermittelt vergeblich.

Der englischen Regierung ist der sozusagen im letzten Augenblick ausgebrochene Zwist sehr unangenehm. Macdonald macht alle Anstrengungen, eine Vermittlung

zu versuchen. Er kontertierte mit Herriot, der dabei aber nur hartnäckiger wurde, er ließ in der Nacht auf heute sich Dr. Stresemann rufen und unterhielt sich stundenlang mit ihm, ohne daß sich etwas änderte. Stresemann hat nochmals die Gründe auseinandergesetzt, aus denen die deutsche Delegation auf einer militärischen Räumung in angemessener und darum weit kürzerer Frist bestehen müsse. Abgesehen davon, daß die Besetzung unrechtmäßig sei, stelle die Durchführung des Dawes-Planes für Deutschland das Besondere dar, daß es für die Befreiung der Sanktionsgebiete zahlen solle. Die unmittelbare Wirkung der Annahme der Dawes-Gesetze müsse deshalb die Räumung des Ruhrgebietes sein. Außerdem gelte für die deutsche Delegation dasselbe wie für Herriot: sie werde in der Heimat mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und die Anwendung des Dawes-Planes würde ernstlich in Frage gestellt sein, wenn Deutschland zu all den schweren Opfern auch noch eine einjährige Fortdauer der Besetzung tragen müsse.

Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß das erbitterte Ringen um die Räumungsfrist zwischen Deutschland und Frankreich nur die Austrahlung ist eines anderen Streites, der zwischen Frankreich einerseits und England und den Vereinigten Staaten andererseits um die interalliierten Schulden geht.

Die Bankiers für Ruhräumung.

London, 14. August. Zwischen den englischen und amerikanischen Bankiers besteht vollkommene Übereinstimmung. Soweit die amerikanischen und englischen Bankiers in Betracht kämen, haben diese von vornherein nichts Geringeres als die Räumung des Ruhrgebietes gewissermaßen als Vorpiel zu der Flüssigmachung der deutschen Anleihe betrachtet. Die Bankiers betrachteten die Angelegenheit aus ihrem eigenen Gesichtswinkel heraus und infolgedessen auch die mit der Räumung verbundenen innerpolitischen Fragen. Sie gaben ihre Gutachten als Sachverständige ab und seien der Meinung, daß es Sache der Politiker sei, diese Gutachten anzunehmen oder abzulehnen, und sofern sie annehmbar seien, den notwendigen Ausgleich zu schaffen.

Ungünstige Lage in London.

London, 14. August. Wie Reuters Bureau hört, war die Zusammenkunft der deutschen, der französischen und der belgischen Delegierten von sehr kurzer Dauer. Man erklärte, daß die Lage immer noch sehr unentschieden sei, daß aber die allgemeine Richtung der Unterhandlungen eher ungünstig als günstig sei.

Englisch-amerikanisches Diktat?

Berlin, 14. August.

Die „Telegraphen-Union“ läßt sich von ihrem Sonderberichterstatter melden:

Der englische Ministerpräsident Macdonald und der amerikanische Botschafter Kellogg haben die deutsche Delegation wissen lassen, daß sie die französische Forderung, die Ruhräumung erst nach Jahresfrist vorzunehmen, billigen und daß sie den französischen Standpunkt in dieser Frage für gerechtfertigt halten.

Einigung über die Reichsbahnen.

Nach den Beschlüssen des Zweiten Ausschusses der Londoner Konferenz ist folgendes über die Übergabe der Eisenbahnen im besetzten Gebiet beschlossen und von der deutschen Delegation gutgeheißen worden:

Die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist 35 Tage nach Annahme des entsprechenden Beschlusses im Reichstage zu bilden. Vierzehn Tage später wird die neugebildete Reichsbahn-Gesellschaft die Regiebahnen auf ihre Rechnung übernehmen und im Verlauf von weiteren sechs Wochen wird die französische Regierverwaltung aufgelöst werden. Diese Auflösung wird unter Aufsicht des Organisationskomitees erfolgen, in dem die deutsche Regierung durch den Staatssekretär Vogt und den ehemaligen Staatssekretär Bergmann vertreten ist.

gestellt haben. In diesem Falle wird der jetzt angenommene Kampf allerdings mit anderen Mitteln durch die Bevölkerung weitergeführt werden und das Land wird nicht zur Ruhe kommen. Dann kann der amerikanische Oberkommandant im besetzten Rheinland, General Henri L. Allen vielleicht recht haben, der in seinen eben erschienenen Erinnerungen nach einem Besuche des Elsass unter der Feststellung, daß dieses Land keinen französischen Eindruck mache, ahnungsvoll schreibt, niemand wisse, ob sich die Geschichte des Elsasses nicht noch einmal in der umgekehrten Richtung entwickeln werde.